

# Schweiz muss Sozialstaat drastisch ausbauen

Allein bei der Kinderbetreuung wird sich der Personalaufwand verdoppeln – schon heute sind Fachkräfte kaum zu finden



Leer stehende Industriehallen in Menziken AG. Thomas Etter (r.), Leiter des Regionalen Sozialdienstes, im Archiv: Ist das Vermögen aufgebraucht, sind ältere Menschen auf finanzielle Zuschüsse angewiesen

Martin Stoll (Text) und Stefano Schröter (Fotos)

**Bern/Menziken AG** In den zersiedelten Quartieren entlang der Hauptstrasse kommt das Leben an diesem kalten Montagmorgen nur schwer in die Gänge. Viele Bewohner der sanierungsbedürftigen Wohnblöcke sitzen um zehn Uhr noch beim Kaffee. Ein junger Mann kehrt mit einem Packen Bier aus dem Supermarkt zurück.

In Menziken, im strukturschwachen Aargauer Hinterland unweit der Grenze zum Kanton Luzern, florierte einst die Zigarren- und die Aluindustrie. Das ist längst Geschichte. In den günstigen, ehemaligen Fabrikwohnungen ist jetzt die Unterschicht eingemietet: Sozialhilfebezügler, verarmte Kranke, Ausländer, Alleinerziehende.

## Immer mehr Menschen werden älter und brauchen Pflege

Im Keller des «Business-Center», einem ehemaligen Bankgebäude, stapeln sich hinter einer Eisentüre deren Geschichten. Die Tablare im Archiv des Regionalen Sozialdienstes füllen sich immer rascher. Die Statistik von Stellenleiter Thomas Etter wies Ende Dezember 351 «Kundendossiers» in der Sozialhilfe aus, 65 mehr als im Vorjahr. «Immer häufiger unterstützen wir auch ältere Menschen, denen die Ergänzungsleistungen für den Heimaufenthalt nicht mehr reichen und deren Vermögen aufgebraucht ist», sagt Etter. Bis zu 18 000 Franken im Jahr kostet die Gemeinde ein solcher Fall. Nicht nur der Sozialdienst, auch die Arbeitslosen- oder die Altenbetreuung wurde hier Jahr für Jahr grösser. Mit einer Trendumkehr rechnet schon lange keiner mehr.

Dabei ist Menziken keine Ausnahme. Auch in Städten und gut entwickelten Regionen wird die

Schweiz ihren Sozialstaat in den nächsten Jahren dramatisch ausbauen müssen. Das prognostiziert das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). Neue, noch nicht publik gewordene Zahlen zur Beschäftigung im Sozialbereich gehen bis 2030 von einem Wachstum von bis zu 134 000 Vollzeitangestellten aus. Vor allem die Alters- und Pflegeheime, aber auch Einrichtungen für behinderte und suchtkranke Menschen und solche mit psychischen Problemen werden laut dem BSV unter Druck kommen. Ursachen sind die Bevölkerungsentwicklung und unser Wohlstand: Wir werden immer zahlreicher und älter. Gesund bleiben wir dabei nicht unbedingt, aber ein gut ausgebautes Gesundheitssystem erleichtert das Überleben. Selbst einen schweren Schlaganfall oder eine Krebsoperation überstehen wir dank Intensivpflege und Betreuung.

Das manifestiert sich in den neuen Prognosen des Bundes: Waren laut der BSV-Erhebung im Jahr 1995 rund 49 000 Personen schweizweit alleine in Alters- und Pflegeheimen beschäftigt, waren es 2013 bereits 86 000. Fürs Jahr 2030 haben die Forscher des Bundes hier einen Bestand von 140 000 Vollzeitbeschäftigten errechnet. Zunahme: 63 Prozent. Bei Behindertenheimen und Einrichtungen für Sucht- und psychisch Kranke ist laut den Sozialstatistiken sogar eine Aufstockung des Stellenetats um 73 Prozent nötig.

Mit der höchsten Wachstumsrate rechnen die BSV-Forscher bei der Tagesbetreuung von Kindern. Die Zahl der in Kinderkrippen Beschäftigten wird sich bis 2030 fast verdoppeln, falls die politischen Rahmenbedingungen gleich bleiben wie heute. Treiber der Entwicklung ist der gesellschaftliche Konsens, dass Arbeit und Familie besser vereinbar sein müssen.

Auch die unzähligen Beratungsstellen und Wohlfahrtswerke, von Pro Juventute bis Pro Senectute, werden den Ansturm von Ratsuchenden nur bewältigen können, wenn sie das Personal aufstocken. Dasselbe gilt für die Administration. Bei Bund und Kantonen werden sich in 15 Jahren voraussichtlich 36 600 Vollzeitangestellte mit der Verwaltung des kräftig gewachsenen Sozialstaats beschäftigen.

Allerdings haben soziale Einrichtungen schon heute Mühe, geeignete Fachkräfte zu rekrutieren. Savoirsocial, die Dachorganisation der sozialen Berufe, befragte letztes Jahr 1700 Institutionen. Fast die Hälfte gab an, Schwierigkeiten bei der Suche nach neuen Mitarbeitenden zu haben. «Die bestehenden Organisationen werden an Grenzen stossen», sagt Donat Knecht, Dozent für Sozialpolitik an der Hochschule Luzern und Mitautor

der BSV-Studie. Einige würden ihre Angebote nicht mehr aufrechterhalten oder in der heutigen Form anbieten können. Ähnliches gilt für die Gesundheitsberufe: Hier braucht es laut der Schätzung der Kantone in den kommenden neun Jahren zusätzlich 40 000 Berufsleute.

## Migranten sollen zu Fachkräften ausgebildet werden

Zwar kommen betroffene Institutionen heute noch mit pragmatischen Lösungen über die Runden. Suchen Jugend- und Kinderheime Heil- oder Sozialpädagogen, bleiben Ausschreibungen immer wieder ohne Echo. «Dann stellen wir manchmal Pensionierte ein oder Personen, welche die erforderliche Ausbildung noch nicht vorweisen können», sagt Kurt Huwiler, Geschäftsleitungsmitglied der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime. Die Zürcher Institution

drängt darauf, ungenügend ausgebildete nachzuqualifizieren.

Das ist nicht überall so: Schon jetzt werden laut Savoirsocial bis zu 50 Prozent der Sozial-Jobs von Personen gemacht, denen die formellen Qualifikationen fehlen. Besonders betroffen sind Kinderbetreuungseinrichtungen.

Bei einer zunehmenden «Deprofessionalisierung» müssten die Institutionen mit einem Vertrauensverlust rechnen, warnen Fachleute. Dem wollen die Kantone etwas entgegensetzen. Die Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) prüft gegenwärtig, wie der wachsende Bedarf nach qualifizierten Fachkräften und Ausbildungsplätzen gedeckt werden kann. Im Fokus haben die Sozialdirektoren Weiterbildungsmaßnahmen für Migrantinnen und Migranten, die wegen fehlender Sprachkenntnis-

se selten in Sozialberufen arbeiten. Beispielsweise bei der Kinderbetreuung gibt es hier Potenzial.

Soll der sich abzeichnende Fachkräftemangel mit der Ausbildung Zehntausender abgedeckt werden?

Hinter den Kulissen wird eifrig darüber debattiert. Kantone und Gemeinden müssten ihre sozialen Einrichtungen und die Verwaltung nach Innovationspotenzial abklopfen, so könne das Personal- und Kostenwachstum klein gehalten werden, sagt der stellvertretende BSV-Direktor Ludwig Gärtner. Schonungslos rechnet der Bund jedem Kantonen vor, wie viel Sozial-Personal er pro Einwohner einsetzt: Im Aargau sind es für 100 Einwohner zwei Vollzeitstelle, im Kanton Neuenburg mehr als drei.

## Bund fordert die Kantone zur Effizienzsteigerung auf

Beim Umgang mit Alten, Verarmten und Kranken orten die Verantwortlichen zwar Optimierungspotenzial. In Gesprächen mit dem BSV wiesen Leiter von Sozialämtern, Verbänden und sozialen Institutionen darauf hin, dass die zunehmende Bürokratisierung heute zu viel Ressourcen beansprucht. Kosten und Nutzen einer Regulierung müssten besser gegeneinander abgewogen werden. Mehr Effizienz erreiche man durch eine bessere Sozialplanung, optimale Versorgungsregionen und eine klare Rollenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

Unbegrenzt optimieren lässt sich die Sozialmaschinerie laut den Berufspraktikern aber nicht. Sehr rasch stosse man beispielsweise beim Einsatz von Robotern an ethische Grenzen: Ist in Japan die Hilfe von Robotern selbst bei der Intimpflege älterer Menschen akzeptiert, ist sie hierzulande ein noch kaum diskutiertes Tabu. **Kommentar — 18**

## Beschäftigungsentwicklung im Sozialbereich

